

NORMAN G. FINKELSTEIN

ISRAELS

INVASION IN GAZA

AUS DEM ENGLISCHEN ÜBERSETZT VON MAREN HACKMANN

EDITION NAUTILUS

*»Nicht, dass ihr ausrücken sollt, um ein Massaker
anzurichten, aber ...«*

Israelischer Befehlshaber bei der Einsatzbesprechung
am Vorabend der Gaza-Invasion¹

Vorwort

Wie viele andere habe auch ich einen Großteil meines Erwachsenenlebens damit zugebracht, mich um einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina zu bemühen. Man kann nicht behaupten, dass sich die Situation der unter Besatzung lebenden Palästinenser aufgrund dieses Engagements wesentlich verbessert hätte. Der israelische Moloch erwies sich als unaufhaltsam. Alle Veränderungen waren unweigerlich Verschlechterungen. Im Rahmen des sogenannten Friedensprozesses hat Israel faktisch weite Teile des Westjordanlands annektiert und das palästinensische Gesellschaftsgefüge im Westjordanland und im Gazastreifen zerstört.

Zu sagen, es habe überhaupt keine Fortschritte gegeben, wäre jedoch übertrieben pessimistisch. Die Zeiten, da Israel auf eine reflexhafte Unterstützung für seine Politik zählen konnte, sind vorbei. Die öffentlichen Meinungsumfragen der letzten zehn Jahre zeugen – nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der jüdischen Gemeinden in aller Welt – von wachsendem Unbehagen gegenüber dem Verhalten Israels. Hauptgrund für diesen Gesinnungswandel ist, dass die Öffentlichkeit inzwischen viel besser informiert ist: Historiker haben mit vielen Mythen aufgeräumt, mit denen Israel die Enteignung und Vertreibung der einheimischen palästinensischen Bevölkerung zu rechtfertigen suchte; Menschenrechtsorganisationen haben ans Tageslicht gebracht, wie unwürdig die Lebensbedingungen der Palästinenser unter israelischer Besatzung sind; und in der rechtlich-diplomatischen Arena hat sich ein Konsens für eine

Konfliktlösung herausgebildet, die eine Wahrung der palästinensischen Grundrechte vorsieht.

Aus dem schwelenden Unmut über das Verhalten Israels wurde mit Beginn der Gaza-Invasion im Dezember 2008 flammender Zorn. Dass Israel über eine Zivilbevölkerung herfiel, die ihm schutzlos ausgeliefert war, rief in aller Welt Entsetzen und Abscheu hervor. In den jüdischen Gemeinden brodelte es gewaltig, vor allem unter den Jüngeren. Viele der einstigen Unterstützer Israels, die sich nicht kritisch äußern mochten, beschlossen, lieber gar nichts zu sagen, als zu rechtfertigen, was nicht zu rechtfertigen war.

Im ersten Teil dieses Buchs befasse ich mich mit der Frage, was Israel überhaupt zu seiner Gaza-Invasion bewog, und zeichne nach, was während jener 22 unheilvollen Tage geschah, in denen Gaza, wie Amnesty International schrieb, von »Tod und Verwüstung« heimgesucht wurde. Das Mindeste, was wir den Menschen in Gaza schuldig sind, ist eine wahrheitsgetreue Dokumentation ihres Leids. Niemand kann die Toten wieder zum Leben erwecken oder die seelischen Wunden der Überlebenden heilen. Aber die Erinnerung an die Ereignisse wachhalten und uns dagegen wehren, dass das Andenken der Opfer besudelt wird, das können wir.

Grund, in Trübsinn zu verfallen, gibt es wahrlich genug, doch dieses Buch will auch Mut machen. Das Blutvergießen in Gaza hat das Weltgewissen wacherüttelt. Die Chancen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass sie es nicht beim Trauern bewenden lassen darf, sondern handeln muss, standen nie günstiger. Die Wahrheit ist auf unserer Seite, und die Gerechtigkeit ist auf unserer Seite. Beides sind starke Waffen, wenn wir sie nur richtig einsetzen. Vor uns liegen zwei Aufgaben. Erstens müssen wir uns mit der ungeschminkten Wahrheit vertraut machen und die Öffentlichkeit darüber informieren, was in Gaza wirklich geschah. Zweitens müssen wir die Menschen zum Mitmachen aufrufen, denn es gilt jetzt, mit vereinten Kräften jene Konfliktlösung herbeizuführen, die bereits von der

aufgeklärten Meinung gebilligt, ja von aller Welt gefordert und praktisch nur von den USA und Israel abgelehnt wird. Ich würde mir wünschen, dass dieses Buch zur Bewältigung dieser Aufgaben beiträgt. Es wird Zeit, dass alle, Palästinenser wie Israelis, die Chance auf ein menschenwürdiges Leben erhalten.

Kapitel 1: Selbstverteidigung

Frage:

»Worin besteht nach Ihrem Dafürhalten die akzeptabelste Lösung des Palästina-Problems?«

Mahatma Gandhi:

»Darin, dass die Juden dem Terrorismus und anderen Formen der Gewalt voll und ganz abschwören.«
(1. Juni 1947)²

Am 29. November 1947 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution, die eine Teilung des damals unter britischem Mandat stehenden Palästinas vorsah. Auf 56 Prozent Palästinas sollte ein jüdischer Staat entstehen, auf den restlichen 44 Prozent ein arabischer Staat.³ In dem Krieg, der daraufhin entbrannte, weitete der junge Staat Israel seine Grenzen aus, sodass er nunmehr fast 80 Prozent Palästinas umfasste. Nicht von Israel erobert wurden einzig das Westjordanland, das anschließend vom Königreich Jordanien annektiert wurde, und der Gazastreifen, der unter ägyptische Verwaltung fiel. Ungefähr 250.000 während des Kriegs von 1948 und danach aus ihren Häusern vertriebene Palästinenser flohen nach Gaza, ein Ansturm, der für die rund 80.000 Alteingesessenen kaum zu bewältigen war.

Die heutige Bevölkerung Gazas besteht zu 80 Prozent aus jenen Flüchtlingen des Kriegs von 1948 und ihren Nachkommen, und mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist unter 18 Jahren. Die derzeit 1,5 Millionen Bewohner leben auf einem Landstrich von nur 40 Kilometern Länge und 8 Kilometern Breite.

Deshalb ist Gaza eine der am dichtesten besiedelten Gegenden der Welt. Als Ausläufer der Sinaihalbinsel grenzt der Gazastreifen im Norden und Osten an Israel, im Süden an Ägypten und im Westen ans Mittelmeer. Zwischen dem Beginn der israelischen Besatzung im Juni 1967 und dem Jahr 2005 – als Ministerpräsident Ariel Scharon die im Gazastreifen stationierten israelischen Truppen an dessen Randzone verlegte – wurden die Palästinenser in Gaza vier Jahrzehnte lang einem ausbeuterischen Regime der besonderen Art unterworfen. Mit den Worten der Harvard-Volkswirtschaftlerin Sara Roy beraubte Israel die einheimische Bevölkerung mit diesem Regime (»de-development«) »ihrer wichtigsten Wirtschaftsressourcen – Land, Wasser, Arbeitskraft – und darüber hinaus auch der Fähigkeit und Möglichkeit, diese Ressourcen aus eigener Kraft zu erschließen«.4

Der verzweifelten Lage, in der Gaza sich heute befindet, sind viele Gräueltaten vorausgegangen, von denen die meisten außerhalb Palästinas längst vergessen sind, sofern man sie dort überhaupt je zur Kenntnis genommen hat. Nach dem Ende der Feindseligkeiten auf dem Schlachtfeld im Jahr 1949 hielt Ägypten die palästinensischen Guerillakämpfer (Fedajin) in Gaza an der Kandare – bis zum Februar 1955, als Israel bei einem blutigen Grenzüberfall auf Gaza 40 Ägypter tötete. Die israelischen Führer legten es darauf an, Ägypten zum Krieg zu verleiten, weil sie Präsident Gamal Abdel Nasser stürzen wollten, und ihr Angriff erwies sich als die perfekte Provokation: Bewaffnete Grenzzwischenfälle häuften sich. Im Oktober 1956 marschierte Israel (mit Unterstützung Großbritanniens und Frankreichs) in den ägyptischen Sinai ein und besetzte den Gazastreifen, auf den es seit Langem ein Auge geworfen hatte. Was dann geschah, schildert der prominente israelische Historiker Benny Morris wie folgt:

»Viele Fedajin und schätzungsweise 4.000 ägyptische und palästinensische Berufssoldaten wurden im Gazastreifen von der israelischen Armee eingekesselt, dem Schin Bet [dem

israelischen Inlandsgeheimdienst] vorgeführt und von der Polizei festgenommen. Dutzende dieser Fedajin scheinen standrechtlich hingerichtet worden zu sein, ohne Gerichtsverfahren. Einige waren wahrscheinlich unter den Opfern zweier Massaker, die die israelischen Truppen kurz nach der Besetzung des Gazastreifens anrichteten. Als die israelischen Truppen am 3. November Chan Junis einnahmen, erschossen sie dort Hunderte palästinensische Flüchtlinge und Ortsansässige. In einem UN-Bericht hieß es, »etwa 135 Ortsansässige« und »140 Flüchtlinge« seien getötet worden, als israelische Truppen »nach Wafbesitzern fahndend« durch die Stadt und das örtliche Flüchtlingslager zogen.

In Rafah, das am 1./2. November an die israelische Armee fiel, töteten israelische Truppen zwischen 48 und 100 Flüchtlinge sowie einige Ortsansässige und verwundeten weitere 61 während einer groß angelegten Durchsuchungsaktion am 12. November, bei der sie ehemalige ägyptische und palästinensische Soldaten sowie Fedajin aufzuspüren hofften, die sich unter der örtlichen Bevölkerung versteckt hielten. ...

Weitere 66 Palästinenser, vermutlich Fedajin, wurden bei weiteren Zwischenfällen hingerichtet, zu denen es im Zuge von Durchsuchungsaktionen im Gazastreifen zwischen dem 2. und dem 20. November kam. ...

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen töteten israelische Truppen im Gazastreifen während der ersten drei Wochen der Besetzung insgesamt zwischen 447 und 550 arabische Zivilisten.«⁵

Im März 1957 blieb Israel keine andere Wahl, als sich aus Gaza zurückzuziehen, nachdem US-Präsident Dwight D. Eisenhower starken diplomatischen Druck ausgeübt und mit Wirtschaftssanktionen gedroht hatte.

Die Lebensbedingungen, die heute in Gaza herrschen, sind eine direkte Folge der Ereignisse von 1967. Im Laufe des Kriegs vom Juni 1967 besetzte Israel den Gazastreifen erneut (und das Westjordanland), und diese Besetzung dauert bis zum

heutigen Tag an. Morris berichtet: »Die überwältigende Mehrheit der Araber im Westjordanland und in Gaza hassten die Besatzung von Anbeginn.« »Israel war zum Bleiben entschlossen ... und ließ es nicht zu, dass seine Herrschaft durch zivilen Ungehorsam und zivilen Widerstand gestürzt beziehungsweise beendet würde – beides wurde mit Leichtigkeit niedergeschlagen. Die einzig echte Option war der bewaffnete Kampf.« »Wie alle Besatzungen basierte auch die israelische auf Brachialgewalt, auf Unterdrückung und Angst, auf Kollaboration und Verrat, auf Schlägen und Folterkammern sowie auf alltäglicher Einschüchterung, Demütigung und Manipulation«; das Leben unter Besatzung war, so Morris weiter, »immer schon eine brutale und beschämende Erfahrung«. ⁶

Die Palästinenser lehnten sich von Anfang an gegen ihre Besatzer auf. In Gaza war der bewaffnete und unbewaffnete palästinensische Widerstand stets besonders hartnäckig, und die israelische Unterdrückung war es nicht minder. Im Jahr 1969 wurde Ariel Scharon Chef des Südkommandos der israelischen Armee; kurz darauf startete er einen Feldzug, um den Widerstand in Gaza zu brechen. Wie eine führende US-amerikanische Gaza-Spezialistin schrieb, verhängte Scharon »über die Flüchtlingslager 24-stündige Ausgangssperren. Die Armee nutzte diese Maßnahme, um jedes Haus zu durchsuchen und alle Männer auf dem Hauptplatz zusammenzutreiben, wo sie sich dann einem Verhör unterziehen mussten. Viele Männer waren gezwungen, während der Durchsuchungen stundenlang bis zur Hüfte im Wasser des Mittelmeers zu stehen. Außerdem wurden rund 12.000 Familienangehörige mutmaßlicher Guerillakämpfer in Internierungslager ... auf der Sinaihalbinsel verbracht. Binnen weniger Wochen erschienen erste Presseberichte, in denen Soldaten und Grenzpolizisten dafür kritisiert wurden, dass sie Leute zusammenschlugen, in Menschenmengen schossen, in Wohnhäusern randalierten und mit überaus strengen Auflagen verbundene Ausgangssperren verhängten. ... Im Juli 1971 verfiel Scharon außerdem auf die Taktik, die Flüchtlingslager

zu ›lichten‹: Bis Ende August riss das Militär mehr als 13.000 Bewohner aus ihrer gewohnten Umgebung. Die Armee setzte Planierdraht ein, um breite Schneisen in die Flüchtlingslager und auch durch einige Zitrusheine zu schlagen. Dies sollte den motorisierten Einheiten das Manövrieren und der Infanterie die Kontrolle über die Lager erleichtern. ... Mit diesem rabiatischen Vorgehen gelang es der Armee, den Widerstand zu brechen.«⁷

Als im Dezember 1987 vier Palästinenser an der Grenze zwischen Gaza und Israel bei einem Verkehrsunfall ums Leben kamen, brach überall in den besetzten Gebieten ein Massenaufstand – die erste Intifada – gegen die israelische Herrschaft aus. Morris schrieb: »Es handelte sich dabei nicht um eine bewaffnete Rebellion. Vielmehr wurde ausdauernd und im großen Stil ziviler Widerstand geleistet, etwa durch Streiks und die Stilllegung von Betrieben. Daneben gab es auch gewalttätige (aber unbewaffnete) Demonstrationen gegen die Besatzungstruppen. Symbole und Waffen dieses Aufstands waren Steine, gelegentlich auch Molotowcocktails oder Messer, aber keine Schusswaffen und keine Bomben.« Dass die israelische Reaktion entsprechend zurückhaltend ausgefallen wäre, kann man allerdings nicht behaupten. Morris schrieb weiter: »Fast alles wurde versucht: Scharfschießen, Anschließen, Prügel, Massenverhaftungen, Folter, Gerichtsprozesse, Haft ohne Anklage und Prozess, außerdem Wirtschaftssanktionen.« »Ein Großteil der Palästinenser wurde nicht in lebensbedrohlichen Situationen erschossen, und sehr viele dieser Todesopfer waren Kinder.« »Die Übeltäter [aus den Reihen der israelischen Armee] wurden nur in den seltensten Fällen von der Militärjustiz belangt – und fast immer kamen sie so glimpflich davon, dass es der blanke Hohn war.«⁸

Anfang der 1990er Jahre war die Intifada schließlich erfolgreich unterdrückt. Daraufhin schloss Israel ein Abkommen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), das heimlich in Oslo ausgehandelt worden war. Mit diesem »Oslo-Ab-

kommen« – es wurde im September 1993 auf dem Rasen vor dem Weißen Haus ratifiziert – hoffte Israel die Effektivität seiner Besatzung zu erhöhen, und zwar durch die Verpflichtung palästinensischer Subunternehmer als Ersatz für die eigenen Besatzungstruppen, denen dadurch der direkte Kontakt mit den Palästinensern erspart werden sollte. Nach Darstellung des ehemaligen israelischen Außenministers Schlomo Ben-Ami »machte sich die PLO mit dem Oslo-Abkommen ... zur Kollaborateurin Israels: Sie half, die [erste] Intifada niederzuschlagen und den mit eindeutig demokratischen Mitteln ausgefochtenen Kampf um die palästinensische Unabhängigkeit zu beenden.«⁹ Gerade die Drecksarbeit der Besatzung überließ Israel den Palästinensern nur zu gern. »Beim Oslo-Abkommen ging es«, so der ehemalige israelische Minister Natan Scharski, »darum, einen starken Diktator zu finden, der ... die Palästinenser unter Kontrolle halten würde.«¹⁰ »Die Palästinenser werden die innere Sicherheit besser im Griff haben als wir«, versicherte der israelische Ministerpräsident Jizchak Rabin den Skeptikern in den eigenen Reihen: »Sie werden es nämlich nicht dulden, dass der Oberste Gerichtshof angerufen wird, und sie werden es zu verhindern wissen, dass [Gruppen wie] die Vereinigung für Bürgerrechte in Israel die dortigen Zustände anprangern. ... Sie werden ihre eigenen Herrschaftsmethoden anwenden. Und was das Wichtigste ist: Sie werden nun selbst erledigen, was bislang die israelische Armee tun musste.«¹¹

Im Juli 2000 kamen PLO-Chef Jassir Arafat und Israels Ministerpräsident Ehud Barak mit US-Präsident Bill Clinton auf dem US-amerikanischen Präsidentenlandsitz Camp David zusammen, um eine Konfliktlösung auszuhandeln. Der Gipfel scheiterte, und man schob sich gegenseitig den Schwarzen Peter zu. »Wenn ich Palästinenser wäre«, sagte Ben-Ami, einer der israelischen Chefunterhändler dieses Gipfeltreffens, später, »hätte ich Camp David auch abgelehnt.« Ebenso kam ein ehemaliger Direktor des Jaffee-Zentrums für Strategieforschung zu

dem Schluss, dass die »erheblichen Zugeständnisse«, die Israel auf diesem Gipfel von den Palästinensern verlangte, »nicht hinnehmbar waren und auch nicht hinnehmbar sein konnten«. ¹² Der diplomatische Durchbruch blieb auch bei nachfolgenden Verhandlungen aus. Im Dezember 2000 präsentierte Clinton seine »Parameter« zur Lösung des Konflikts, die beide Seiten unter Vorbehalt annahmen. ¹³ Im Januar 2001 wurden die Gespräche im ägyptischen Taba fortgesetzt. Obwohl beide Parteien bekräftigten, dass sie »bedeutende Fortschritte gemacht« und »einer Übereinkunft noch nie so nahe gewesen« seien, ließ Ministerpräsident Barak diese Verhandlungen einseitig »abbrechen«, was zur Folge hatte, dass »der israelisch-palästinensische Friedensprozess auf unbestimmte Zeit festgefahren war«. ¹⁴

Noch während dieser Zeit diplomatischer Verhandlungen, im September 2000, brach in den besetzten palästinensischen Gebieten erneut ein offener Aufstand aus. Wie die Rebellion von 1987 war auch diese zweite Intifada in ihrer Anfangsphase überwiegend gewaltfrei. Warum es nicht dabei blieb, erklärt Ben-Ami folgendermaßen: »Israels unverhältnismäßige Reaktion auf einen Volksaufstand, bei dem es die mit tödlichen Waffen ausgerüsteten israelischen Soldaten anfangs nur mit jungen, unbewaffneten Männern zu tun hatten, diese Reaktion ließ die [zweite] Intifada außer Kontrolle geraten und verwandelte sie in einen regelrechten Krieg.« ¹⁵ Dass der erste Hamas-Selbstmordanschlag bei dieser zweiten Intifada erst verübt wurde, nachdem Israel bereits fünf Monate lang unaufhörlich palästinensisches Blut vergossen hatte, ist heute weitgehend vergessen. (Allein in den ersten Tagen verfeuerten die israelischen Truppen eine Million Schuss Munition, und in den ersten Wochen kamen 20-mal mehr Palästinenser als Israelis ums Leben.) Im Laufe der Gewaltspirale, die Israel mit seiner »unverhältnismäßigen Reaktion« ausgelöst hatte, wurde Gaza ganz besonders hart attackiert. Als arbeitete die Armee an einer Neuinszenierung des Ekklesiastes-Stoffes, kündete jeder Jahres-

zeitenwechsel von einem neuerlichen israelischen Angriff auf Gaza, bei dem Dutzende getötet und große Verheerungen angerichtet werden sollten: »Operation Regenbogen« (2004), »Operation Tage der Buße« (2004), »Operation Sommerregen« (2006), »Operation Herbstwolken« (2006), »Operation Heißer Winter« (2008).¹⁶

Die Menschen in Gaza ließen sich trotzdem nicht unterkriegen. Schon zur Zeit des Oslo-Abkommens wurde Israel Gaza durch diese Unbeugsamkeit verleidet: »Wenn es nur endlich im Meer versinken würde!«, stöhnte Rabin.¹⁷ Im April 2004 kündigte Ministerpräsident Scharon Israels »Rückzug« aus Gaza an, und im September 2005 war der Abzug aller israelischen Truppen und jüdischen Siedler abgeschlossen. Scharons Berater Dov Weisglass erläuterte in einem Interview, was es mit dieser Maßnahme für eine Bewandnis hatte: Mit dem Rückzug werde der internationale und insbesondere der US-amerikanische Druck auf Israel nachlassen, und dadurch werde »der politische Prozess ... auf Eis gelegt. Und wenn man diesen Prozess auf Eis legt, verhindert man die Gründung eines palästinensischen Staats.« Roy kommentierte dies wie folgt: »Es ist offensichtlich, dass die Scharon-Regierung mit ihrem Rückzug aus Gaza jeglichen politischen Verhandlungen einen Riegel vorzuschieben suchte ... und gleichzeitig sicherstellte, dass sie Palästina weiterhin fest, ja noch fester als bisher im Griff haben würde.«¹⁸ Nach dem Rückzug erklärte Israel seine Besatzung Gazas für beendet. Diese Behauptung wurde jedoch von Menschenrechtsorganisationen und internationalen Institutionen zurückgewiesen, weil Israel den Gazastreifen in vielfacher Hinsicht immer noch fast uneingeschränkt beherrscht. »Ob die israelische Armee nun innerhalb von Gaza oder an der Peripherie stationiert ist«, so Human Rights Watch, »sie behält die Kontrolle.«¹⁹

Man hört immer wieder, das Oslo-Abkommen sei ein Misserfolg gewesen, weil es keinen dauerhaften Frieden stiftete. Doch ein solches Urteil fällen heißt, die Zielsetzung des Ab-

kommens verkennen. Wenn Israel sich, wie Ben-Ami schreibt, auf diesem Wege eine Klasse palästinensischer Kollaborateure heranzuziehen suchte, dann war das Oslo-Abkommen aus israelischer Sicht weitgehend ein Erfolg. Ein Blick auf das Oslo-II-Abkommen, das im September 1995 unterzeichnet wurde und die wechselseitigen Rechte und Pflichten der Vertragsparteien des 1993 geschlossenen Abkommens im Einzelnen benennt, lässt erahnen, woran den palästinensischen Unterhändlern am meisten gelegen war: Während dem Thema »Durchreise von [palästinensischen] VIPs« vier Seiten gewidmet sind (der Abschnitt ist untergliedert in »VIPs der Kategorie 1«, »VIPs der Kategorie 2«, »VIPs der Kategorie 3« und »Sekundär-VIPs«), befasst sich nicht einmal eine ganze Seite – *die letzte* – mit der »Freilassung der palästinensischen Gefangenen und Häftlinge«, obwohl deren Zahl in die Tausende ging.²⁰

Das Oslo-Abkommen sah eine fünfjährige Interimsperiode vor, angeblich zur »Schaffung von Vertrauen« zwischen den ehemaligen Feinden. Dies mutete insofern seltsam an, als man bereits zu einer anderen Zeit und an einem anderen Ort hatte feststellen können, dass ein ernsthaft an einem Friedensschluss interessiertes Israel durchaus nichts gegen einen zügigen Prozess einzuwenden hatte: Ägypten war jahrzehntelang Israels Nemesis Nummer eins in der arabischen Welt gewesen und hatte im Jahr 1973 bei einem Überraschungsangriff Tausende israelische Soldaten getötet; dennoch lag zwischen der Aushandlung des israelisch-ägyptischen »Rahmenabkommens« auf dem von US-Präsident Jimmy Carter einberufenen Camp-David-Gipfel vom September 1978 und dem »Friedensvertrag« vom März 1979, mit dem die Feindseligkeiten formal beendet wurden, nur ein halbes Jahr. Es dauerte nur drei weitere Jahre, bis der Abzug Israels aus der ägyptischen Sinaihalbinsel im April 1982 abgeschlossen war.²¹ Bei Ägypten verzichtete Israel darauf, ein halbes Jahrzehnt für die »Schaffung von Vertrauen« einzuplanen.

Die ausgedehnte Interimsperiode des Oslo-Abkommens sollte in Wirklichkeit nicht der Erleichterung eines israelisch-palästinensischen Friedensschlusses, sondern der Erleichterung des israelischen Besatzungsalltags dienen: Nicht Vertrauen schaffen war das Ziel, sondern das Heranziehen von Kollaborateuren. Man ging recht in der Annahme, dass die wenigen palästinensischen Nutznießer dieses Arrangements, einmal in den Genuss von Macht und Privilegien gelangt, nur ungern wieder Verzicht üben würden und dass sie ihre etwaigen Bedenken letztlich beiseiteschieben und nach der Pfeife desjenigen tanzen würden, der ihnen diese großzügige Unterstützung angedeihen ließ. Die Interimsperiode war außerdem ein Testlauf: Wann immer eine Krise ausbrach, konnte Israel prüfen, ob auf seine palästinensischen Subunternehmer auch wirklich Verlass war. Der einzige aus der palästinensischen Führungsspitze, der da nicht so recht mitspielte, war Arafat – er schien sich seiner nationalistischen Überzeugungen bei allem Opportunismus doch nicht vollständig entledigt zu haben. Präsident eines Bantustans zu sein, das kam für ihn nicht infrage. Als Arafat dann im November 2004 von der Bildfläche verschwand, stand den Bemühungen der »palästinensischen Autonomiebehörde«, einen Modus vivendi mit Israel zu finden, eigentlich nichts mehr im Wege. Nur dass es dafür bereits zu spät war.

Im Januar 2006 wählten die Palästinenser, der langjährigen Bonzokratie und fruchtlosen Friedensverhandlungen überdrüssig, die islamische Bewegung Hamas an die Macht. Israel nahm dies sofort zum Anlass, seine Gaza-Blockade zu verschärfen, und die USA machten mit. Von der neuen Regierung wurden ein Gewaltverzicht sowie die Anerkennung Israels und die Anerkennung von zuvor ausgehandelten israelisch-palästinensischen Abkommen verlangt. Diese Voraussetzungen für internationales Engagement brauchte allerdings nur eine Seite zu erfüllen: Von Israel wurde erstens kein Gewaltverzicht verlangt; Israel brauchte sich zweitens nicht aus den von ihm seit 1967 besetzten Gebieten zurückzuziehen, um den Palästinensern die

Ausübung *ihres* Selbstbestimmungsrechts zu ermöglichen; und während die Hamas zuvor ausgehandelte Abkommen anzuerkennen hatte – darunter das Oslo-Abkommen, das es Israel erlaubte, die Besetzung aufrechtzuerhalten und seinen völkerrechtswidrigen Siedlungsbau enorm voranzutreiben²² –, stand es Israel drittens frei, zuvor ausgehandelte Abkommen wie die »Roadmap« aus dem Jahr 2003 jeglicher Substanz zu berauben.²³

Im Juni 2007 vereitelte die Hamas einen von den USA zusammen mit Israel und Elementen des früheren palästinensischen Regimes organisierten Putsch und festigte ihre Herrschaft über Gaza.²⁴ Die Strafe dafür, dass die Hamas diese von US-Präsident George W. Bush zum Zwecke der »Demokratieförderung« ergriffene Maßnahme nicht zu würdigen wusste, folgte auf dem Fuße: Israel und die USA legten Gaza noch engere Daumenschrauben an. Im Juni 2008 stimmten Israel und die Hamas einer von Ägypten vermittelten Waffenruhe zu, doch im November desselben Jahres brach Israel diese Waffenruhe mit einem blutigen Grenzüberfall auf Gaza. Wie schon im Februar 1955 bestand Israels Ziel auch dieses Mal darin, die Gegenseite zu einem Vergeltungsschlag zu verleiten, um diesen dann als Vorwand für einen Angriff benutzen zu können.

Der Grenzüberfall war nur der Auftakt zu einem Angriff von längerer Dauer: Am 27. Dezember 2008 startete Israel die »Operation Gegossenes Blei«.²⁵ In der ersten Woche griff Israel Gaza aus der Luft an. Ab dem 3. Januar 2009 kamen zum Luftbombardement noch Angriffe der Bodentruppen hinzu. Das israelische Luftwaffenkorps, das über die modernsten Kampfflugzeuge der Welt verfügt, flog annähernd 3.000 Einsätze über Gaza und warf dort 1.000 Tonnen Sprengstoff ab. Von der israelischen Armee waren mehrere Brigaden im Einsatz, die über ausgefeilte Spähtechnik sowie über hoch entwickelte Waffen verfügten, darunter Roboter und mit Hilfe von Bildschirmübertragung ferngesteuerte Gewehre. Während des Angriffs schossen bewaffnete palästinensische Gruppen rund 570 meist

rudimentäre Raketen sowie 200 Mörsergranaten auf Israel ab. Am 18. Januar trat eine Waffenruhe in Kraft, aber die wirtschaftliche Strangulierung Gazas wurde fortgesetzt. Die Weltöffentlichkeit zeigte sich unterdessen entsetzt über Israels Angriff auf eine wehrlose Zivilbevölkerung. Im September 2009 veröffentlichte eine vom UN-Menschenrechtsrat eingesetzte und von dem hoch angesehenen Rechtsgelehrten Richard Goldstone geleitete Untersuchungskommission einen umfangreichen Bericht, aus dem hervorging, dass Israel massive Kriegsverbrechen und womöglich auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hatte. Der Hamas wurden in dem Bericht ähnliche Verbrechen zur Last gelegt, allerdings in einem sehr viel geringeren Ausmaß. Eines war klar: »Dieses Mal sind wir zu weit gegangen«, wie der israelische Kolumnist Gideon Levy schrieb.²⁶

Die offizielle Rechtfertigung für die Operation Gegossenes Blei lautete, Israel müsse sich gegen die Raketenangriffe der Hamas verteidigen,²⁷ doch war unschwer zu erkennen, dass dies nicht der wahre Grund sein konnte: Wäre Raketenbeschuss das Problem gewesen, hätte Israel von einem Bruch der im Juni 2008 vereinbarten Waffenruhe abgesehen, um die Hamas nicht zu einer Wiederaufnahme ihrer Raketenangriffe zu veranlassen. Israel hätte auch die Möglichkeit gehabt, die Waffenruhe zu erneuern – und sie dann einzuhalten. Ein ehemaliger israelischer Geheimdienstler sagte gegenüber der International Crisis Group: »Die Waffenruhe-Optionen, die nach dem Krieg auf dem Tisch lagen, hatte es vor dem Krieg auch schon gegeben.«²⁸ Im Übrigen hätte Israel auch die Möglichkeit gehabt, sich auf diplomatischem Wege mit der palästinensischen Führung auf eine Beilegung des Konflikts und ein Ende der bewaffneten Feindseligkeiten zu verständigen. Insofern als es das erklärte Ziel der Operation Gegossenes Blei war, »die Infrastruktur des Terrorismus« zu zerstören, wirkte Israels Behauptung, es habe sich ja bloß verteidigt, nach der Invasion noch un-

glaubwürdiger. Denn bei den Angriffszielen handelte es sich überwiegend nicht um Hamas-Bastionen, sondern um »eindeutig ›nichtterroristische‹, nicht zur Hamas gehörige« Orte.²⁹ Ich werde noch auf viele dieser Punkte zurückkommen. Zunächst sollten wir aber klären, vor welchem Hintergrund Israel behauptete, aus reiner Selbstverteidigung gehandelt zu haben, und dazu müssen wir uns ansehen, wie Israel es unmittelbar vor der Invasion mit der Achtung der Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten hielt.

Aus dem Jahresbericht von Betselem (dem Israelischen Informationszentrum zur Lage der Menschenrechte in den besetzten Gebieten) für das Jahr 2008³⁰ geht hervor: Zwischen dem 1. Januar und dem 26. Dezember 2008 töteten israelische Sicherheitskräfte 455 Palästinenser, von denen mindestens 175 nicht an Kampfhandlungen beteiligt gewesen waren; Palästinenser töteten im selben Zeitraum 31 Israelis, darunter 21 Zivilisten. Das heißt: In dem Jahr, an dessen Ende Israel sich angeblich zur Selbstverteidigung gezwungen sah, gab es insgesamt fast 15-mal mehr palästinensische als israelische Todesopfer; zählt man nur die Nichtkombattanten, so waren in dieser Zeit auf palästinensischer Seite mindestens 8-mal so viele Todesopfer zu beklagen wie auf israelischer Seite. Allein in Gaza tötete Israel im Jahr 2008 bis zum 26. Dezember mindestens 158 Nichtkombattanten, während 7 israelische Zivilisten durch palästinensischen Raketenbeschuss aus Gaza getötet wurden – das heißt, die Zahl der zivilen Todesopfer in Gaza war in diesem Zeitraum mehr als 22-mal so hoch wie in Israel. (Der palästinensische Raketenbeschuss aus Gaza forderte, seit er im Jahr 2001 begann, bis zum Januar 2009 21 israelische Todesopfer. In dem Dreijahreszeitraum nach der im Jahr 2005 erfolgten Verlegung der israelischen Truppen an die Randzone Gazas tötete die israelische Armee rund 1.250 Menschen in Gaza, darunter 222 Kinder; der palästinensische Raketenbeschuss forderte im selben Zeitraum 11 israelische Todesopfer.)

Israel echauffierte sich darüber, dass die Hamas seit Juni 2006 einen israelischen Soldaten gefangen hielt. Gleichzeitig gab es aber in israelischen Gefängnissen mehr als 8.000 palästinensische »politische Gefangene«, darunter 60 Frauen und 390 Kinder; 548 dieser Gefangenen wurden als »Administrativhäftlinge« ohne Anklage und Gerichtsverfahren von Israel festgehalten, 42 von ihnen bereits seit über zwei Jahren. Hinzu kam: Israel verschärfte seine ohnehin schon »weitreichenden Maßnahmen zur Einschränkung der Freizügigkeit der palästinensischen Bewohner im Westjordanland«; trieb den Ausbau der illegalen jüdischen Siedlungen im Westjordanland und in Ostjerusalem weiter voran, wo sich die Zahl der illegalen jüdischen Siedler zusammengenommen jetzt auf fast eine halbe Million beläuft; beschlagnahmte im Westjordanland noch mehr Land und fügte damit jenen Palästinensern »schweren Schaden« zu, »für die der Verlust ihrer Felder den Verlust ihres Lebensunterhalts bedeutet«; beraubte die palästinensischen Gemeinden »jedweder Möglichkeit, Land zu erschließen und zu bebauen«; benachteiligte die Palästinenser bei der Wasserversorgung (obwohl die palästinensische Bevölkerung des Westjordanlands neunmal so groß ist wie die illegale jüdische Siedlerbevölkerung, erhält sie insgesamt sehr viel weniger Wasser); und fuhr fort, eine Mauer zu bauen, die fast 12 Prozent des Westjordanlands annektieren wird – und das, obwohl diese Mauer laut Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs vom Juli 2004 gegen das Völkerrecht verstößt.

Wie bereits erwähnt, gewann die Hamas im Januar 2006 die palästinensischen Wahlen, die weithin für »vollkommen ehrlich und fair« (Jimmy Carter) befunden wurden.³¹ Israel und die USA nahmen das Wahlergebnis zum Anlass, eine Wirtschaftsblockade über Gaza zu verhängen. Im Juni 2007 vereitelte die Hamas einen von den USA, Israel und Elementen der palästinensischen Autonomiebehörde geplanten Putsch.³² Ein hochrangiger israelischer Geheimdienstler höhnte später: »Wenn die Hamas sich so etwas nicht gefallen lässt, dann ist das Geschrei

groß. Dann wird behauptet, es habe einen Militärputsch der Hamas gegeben – aber wer hat denn hier geputscht?«³³ Ein Redakteur der auflagenstärksten israelischen Zeitung, *Jediot Acharonot*, kam trotz seiner Verachtung für die aus seiner Sicht »grausame, widerwärtige und mit Hass auf Israel erfüllte« Hamas nicht umhin festzustellen, dass die Hamas »in Gaza nicht ›die Macht an sich gerissen‹ habe: Die Hamas »tat, was sie tun musste, um ihre Autorität durchzusetzen – sie entwaffnete und vernichtete eine Miliz, die sich weigerte, diese Autorität anzuerkennen.«³⁴ Nach dem missglückten Putschversuch verstärkte Israel seine Blockade, die »einer Kollektivstrafe gleichkommt, einer schweren Verletzung des humanitären Völkerrechts.«³⁵

Mitte Dezember 2008 veröffentlichte das UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) eine Studie über die verheerenden Auswirkungen der Gaza-Blockade auf die Menschenwürde.³⁶ Darin hieß es: Durch Israels »seit anderthalb Jahren andauernde Blockade wird die Menschenwürde schwerwiegend verletzt. Die Blockade hat dazu geführt, dass weite Teile der Bevölkerung zunehmend Schwierigkeiten haben, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, und dass es um die Infrastruktur sowie um die lebenswichtigen Versorgungseinrichtungen erheblich schlechter bestellt ist.« Für die Bewohner Gazas bedeutete dies konkret: Viele von ihnen mussten tagtäglich mit bis zu 16-stündigen Stromausfällen zurechtkommen und wurden nur ein Mal pro Woche für ein paar Stunden mit Wasser versorgt (Wasser, das nach den Standards der Weltgesundheitsorganisation zu 80 Prozent ungenießbar war); fast 50 Prozent der Bevölkerung waren erwerbslos, mehr als 50 Prozent »auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen«; 20 Prozent der »allernotwendigsten Medikamente« waren »komplett ausgegangen«, und mehr als 20 Prozent der Patienten, die an Krebs, Herzproblemen oder anderen schweren Krankheiten litten, konnten sich nicht im Ausland behandeln lassen, weil sie nicht an die dafür erforderlichen Genehmigungen heran-

kamen. In der Studie hieß es abschließend, viele Palästinenser hätten geklagt, »dass sie sich körperlich, geistig und seelisch mehr und mehr eingesperrt fühlten«. Abgesehen davon, dass die im Juni 2008 in Kraft getretene Waffenruhe von Israel gebrochen wurde, zeigt schon der Blick auf die Menschenrechtsbilanz: Wenn hier jemand Grund hatte, Ende Dezember 2008 im Namen der Selbstverteidigung zu den Waffen zu greifen, dann die Palästinenser.